Gegenüberstellung

<p>Hundesteuersatzung vom 30.09.2013</p>		<p>Hundesteuersatzung vom</p>
<p>Satzung der Stadt Ilsenburg (Harz) über die Erhebung einer Hundesteuer (Hundesteuersatzung – HStS)</p>		<p>Satzung der Stadt Ilsenburg (Harz) über die Erhebung einer Hundesteuer (Hundesteuersatzung – HStS)</p>
<p>Aufgrund der §§ 4, 6, 44 Abs. 3 Nr. 1 und 91 der Gemeindeordnung des Land Sachsen-Anhalt (GO LSA) und der §§ 2 und 3 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KAG-LSA) in den jeweils geltenden Fassungen - hat der Stadtrat in seiner Sitzung am 25.09.2013 folgende Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer in der Stadt Ilsenburg (Harz) beschlossen:</p>		<p>Aufgrund der §§ 5, 8, 45 Abs. 2 Nr. 1 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) vom 17. Juni 2014 (GVBl. LSA 2014 S. 288), zuletzt geändert durch Gesetz vom 07. Juni 2022 (GVBl. LSA S. 130) und aufgrund der §§ 2 und 3 des Kommunalabgabengesetzes (KAG-LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Dezember 1996 (GVBl. LSA S. 405), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.12.2020 (GVBl. LSA S. 712) hat der Stadtrat der Stadt Ilsenburg (Harz) am die Hundesteuersatzung beschlossen:</p>
<p>§1 Steuergegenstand 1. Die Stadt Ilsenburg (Harz) erhebt eine Hundesteuer nach den Vorschriften dieser Satzung. 2. Gegenstand der Steuer ist das Halten von mehr als drei Monate alten Hunden im Gemeindegebiet. Kann das Alter eines Hundes nicht nachgewiesen werden, so ist davon auszugehen, dass der Hund älter als drei Monate ist.</p>		<p>§ 1 Steuergegenstand (1) Die Stadt Ilsenburg (Harz) erhebt eine Hundesteuer nach den Vorschriften dieser Satzung. (2) Gegenstand der Steuer ist das Halten von mehr als drei Monate alten Hunden durch natürliche Personen im Stadtgebiet. Kann das Alter eines Hundes nicht nachgewiesen werden, so ist davon auszugehen, dass der Hund mehr als drei Monate alt ist.</p>
<p>§ 2 Steuerschuldner 1. Steuerschuldner ist der Halter eines Hundes.</p>		<p>§ 2 Steuerschuldner (1) Steuerschuldner ist der Halter eines Hundes.</p>

2. Als Hundehalter gilt, wer einen Hund mit eigenen Interesse oder im Interesse seines Haushaltsangehörigen in seinem Haushalt aufgenommen hat. Alle in einem Haushalt aufgenommen Hunde gelten als von ihren Haltern gemeinsam gehalten. Ein zugelaufener Hund gilt als aufgenommen, wenn er nicht innerhalb von zwei Wochen beim Fachbereich Ordnung und Bauen, Team Ordnung der Stadt Ilsenburg (Harz) gemeldet und bei einer von diesem bestimmten Stelle abgegeben wird.

~~3. Halten mehrere Personen gemeinsam einen oder mehrere Hunde, so sind sie Gesamtschuldner.~~

4. Als Hundehalter gilt auch, wer einen Hund in Pflege oder Verwahrung aufgenommen hat oder auf Probe oder zum Anlernen hält, wenn er nicht nachweisen kann, dass der Hund in einer anderen Gemeinde der Bundesrepublik Deutschland bereits besteuert wird oder von der Steuer befreit ist. Die Steuerpflicht tritt in jedem Fall ein, wenn die Pflege, Verwahrung oder Haltung auf Probe oder zum Anlernen einen Zeitraum von zwei Monaten überschreitet.

(2) Als Hundehalter gilt, wer einen Hund **im** eigenen Interesse oder im Interesse seines Haushaltsangehörigen in seinen Haushalt **oder Wirtschaftsbetrieb** aufgenommen hat. Alle in einem Haushalt aufgenommenen Hunde gelten als von ihren Haltern gemeinsam gehalten.

Ein zugelaufener Hund gilt als aufgenommen, wenn er nicht innerhalb von zwei Wochen beim **Ordnungsamt** der Stadt Ilsenburg (Harz) gemeldet und bei einer von diesem bestimmten Stelle abgegeben wird.

(3) Als Hundehalter gilt auch, wer einen Hund länger als zwei Monate im Jahr gepflegt, untergebracht oder auf Probe oder zum Anlernen gehalten hat, es sei denn, er kann nachweisen, dass der Hund bereits in einer anderen Gemeinde in der Bundesrepublik Deutschland versteuert wird oder von der Steuer befreit ist.

(4) **Melde-, Sanitäts-, Schutz- oder Jagdgebrauchshunde, die nicht zu persönlichen Zwecken, sondern als Diensthunde gehalten werden, unterliegen nicht dem Besteuerungstatbestand dieser Satzung.**

Ein Hund wird nicht zu persönlichen Zwecken gehalten, wenn die Kosten der Hundehaltung als Betriebsausgaben oder Werbungskosten im Sinne des Einkommensteuergesetzes in der jeweils gültigen Fassung vom zuständigen Finanzamt anerkannt werden. Diensthunde öffentlich-rechtlicher Körperschaften werden nicht zu persönlichen Zwecken gehalten, soweit die Hundehaltung sich als eine dem Dienstherrn geschuldete

	<p>Dienstplicht darstellt. Das ist zu vermuten, wenn die Kosten für den Diensthund öffentlich-rechtlicher Körperschaften überwiegend aus öffentlichen Mitteln bestritten werden.</p>
<p>§3 Entstehung der Steuerpflicht</p> <p>1. Die Steuerpflicht beginnt mit dem 1. des Kalendermonats, in dem die Aufnahme des Hundes in den Haushalt erfolgt oder mit dem 1. des Monats, der dem Monat folgt, in dem der Hund drei Monate alt geworden ist. In den Fällen des § 2 Abs. 4 beginnt die Steuerpflicht mit dem 1. des Monats, der dem Monat folgt, in dem der Zeitraum von zwei Monaten überschritten worden ist.</p> <p>2. Die Steuerpflicht endet mit Ablauf des Kalendermonats, in dem die Hundehaltung beendet wird oder in dem der Halter wegzieht. Die Hundehaltung ist beendet, wenn der Hund abgeschafft wird, abhandenkommt oder verstirbt.</p>	<p>§ 3 Entstehung der Steuerpflicht</p> <p>(1) Die Steuerpflicht beginnt mit dem 1. des Kalendermonats, in dem die Aufnahme des Hundes in den Haushalt erfolgt oder mit dem 1. des Monats, der dem Monat folgt, in dem der Hund drei Monate alt geworden ist. In den Fällen des § 2 Abs. 3 beginnt die Steuerpflicht mit dem 1. des Monats, der dem Monat folgt, in dem der Zeitraum von zwei Monaten überschritten worden ist. Bei Zuzug aus einer anderen Gemeinde beginnt die Steuerpflicht mit dem 1. des auf den Zuzug folgenden Monats.</p> <p>(2) Die Steuerpflicht endet mit Ablauf des Kalendermonats, in dem die Hundehaltung beendet wird oder in dem der Halter wegzieht. Die Hundehaltung ist beendet, wenn der Hund abgeschafft wird, abhandenkommt oder verstirbt.</p>
<p>§4 Erhebungszeitraum, Entstehung der Steuerschuld</p> <p>1. Die Steuer wird als Jahressteuer erhoben. Erhebungszeitraum ist das Kalenderjahr.</p> <p>2. Entsteht oder endet die Steuerpflicht im Laufe eines Kalenderjahres, so ist die Steuer anteilmäßig auf volle Monate zu berechnen.</p>	<p>§ 4 Erhebungszeitraum, Entstehung der Steuerschuld</p> <p>(1) Die Steuer wird als Jahressteuer erhoben. Erhebungszeitraum ist das Kalenderjahr.</p> <p>(2) Entsteht oder endet die Steuerpflicht im Laufe eines Kalenderjahres, so ist die Steuer anteilmäßig auf volle Monate zu berechnen.</p>

<p>3. Die Jahressteuer entsteht jeweils zu Beginn des Erhebungszeitraumes am 01.01. des jeweiligen Kalenderjahres. Beginnt die Steuerpflicht erst im Laufe des Erhebungszeitraumes, entsteht die Steuerschuld mit Beginn des Monats, in dem die Steuerpflicht beginnt (§ 3 Abs. 1).</p>		<p>(3) Die Jahressteuer entsteht jeweils zu Beginn des Erhebungszeitraumes am 01.01. des jeweiligen Kalenderjahres. Beginnt die Steuerpflicht erst im Laufe des Erhebungszeitraumes, entsteht die Steuerschuld mit Beginn des Monats, in dem die Steuerpflicht beginnt (§ 3 Abs. 1).</p>														
<p>§5 Festsetzung und Fälligkeit</p> <p>1. Die Steuer wird für ein Kalenderjahr oder, wenn die Steuerpflicht erst während des Kalenderjahres beginnt, für den Rest des Kalenderjahres durch Bescheid festgesetzt.</p> <p>2. Die Steuer ist mit dem Jahresbetrag am 01.07. eines Jahres fällig.</p> <p>3. Nach dem 01.07. festgesetzte Steuern werden einen Monat nach Zugehen des Bescheides fällig.</p>		<p>§ 5 Festsetzung und Fälligkeit</p> <p>(1) Die Steuer wird für ein Kalenderjahr oder, wenn die Steuerpflicht erst während des Kalenderjahres beginnt, für den Rest des Kalenderjahres durch Bescheid festgesetzt.</p> <p>(2) Die Steuer wird in vierteljährlichen Teilbeträgen zum 15.02., 15.05., 15.08. und 15.11. eines jeden Jahres fällig. Auf Antrag des Steuerpflichtigen kann die Steuer in einem Jahresbetrag zum 01.07. eines jeden Jahres entrichtet werden. Die Änderung muss spätestens bis zum 30.11. des vorangehenden Jahres beantragt werden.</p> <p>(3) Nachgeforderte Beträge sind innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Bescheides zu zahlen.</p>														
<p>§6 Steuersatz</p> <p>1. Die Steuer beträgt jährlich</p> <table data-bbox="185 1181 1093 1300"> <tr> <td>• für den ersten Hund</td> <td>50,00 Euro</td> </tr> <tr> <td>• für den zweiten Hund</td> <td>80,00 Euro</td> </tr> <tr> <td>• für den dritten und jeden weiteren Hund</td> <td>120,00 Euro</td> </tr> </table>	• für den ersten Hund	50,00 Euro	• für den zweiten Hund	80,00 Euro	• für den dritten und jeden weiteren Hund	120,00 Euro		<p>§ 6 Steuersatz</p> <p>(1) Die Steuer beträgt jährlich</p> <table data-bbox="1189 1181 2112 1316"> <tr> <td>1. für den ersten Hund</td> <td>80,00 Euro</td> </tr> <tr> <td>2. für den zweiten Hund</td> <td>110,00 Euro</td> </tr> <tr> <td>3. für den dritten und jeden weiteren Hund</td> <td>150,00 Euro</td> </tr> </table> <p>(2) Die Steuer beträgt abweichend von Abs. 1 jährlich</p> <table data-bbox="1189 1388 2112 1441"> <tr> <td>1. für den ersten gefährlichen Hund</td> <td>270,00 Euro</td> </tr> </table>	1. für den ersten Hund	80,00 Euro	2. für den zweiten Hund	110,00 Euro	3. für den dritten und jeden weiteren Hund	150,00 Euro	1. für den ersten gefährlichen Hund	270,00 Euro
• für den ersten Hund	50,00 Euro															
• für den zweiten Hund	80,00 Euro															
• für den dritten und jeden weiteren Hund	120,00 Euro															
1. für den ersten Hund	80,00 Euro															
2. für den zweiten Hund	110,00 Euro															
3. für den dritten und jeden weiteren Hund	150,00 Euro															
1. für den ersten gefährlichen Hund	270,00 Euro															

~~2. Hunde, für die eine Steuerbefreiung nach dem § 8 bzw. eine Steuerermäßigung nach § 9 gewährt wird, gelten als erste Hunde.~~

3. Die Steuer beträgt abweichend von Abs. 1 jährlich

- für den ersten gefährlichen Hund 240,00 Euro
- für den zweiten gefährlichen Hund 360,00 Euro
- für den dritten und jeden weiteren gefährlichen Hund 480,00 Euro

4. Gefährliche Hunde i.S. von Abs. 3 sind solche Hunde, die unter § 3 des Gesetzes zur Vorsorge gegen die von Hunden ausgehenden Gefahren (GefHuG) fallen. Zu diesen gefährlichen Hunden zählen neben zu den bereits vier als gefährliche eingestuften Rassen (Pitbull-Terrier, American Staffordshire-Terrier, Staffordshire Bullterrier, Bullterrier sowie deren Kreuzungen untereinander oder mit anderen Hunden) ebenso Hunde anderer Rassen, für die die Gefährlichkeit im Einzelfall festgestellt wurde.

~~5. Die Feststellung der Gefährlichkeit eines Hundes erfolgt durch die zuständige Behörde gemäß § 17 Abs. 1 GefHuG.~~

6. Für Hunde i.S. des Abs.4, deren Gefährlichkeit im laufenden Jahr festgestellt wird, gelten die Steuersätze der Nr. 3 anteilig ab dem 1. des Monats, in dem die Feststellung durch die Sicherheitsbehörde erfolgte.

- 2. für den zweiten gefährlichen Hund 390,00 Euro
- 3. für den dritten und jeden weiteren gefährlichen Hund 510,00 Euro

(3) Die Zuordnung der Steuersätze erfolgt nach der Anzahl der im Haushalt gehaltenen Hunde. Gefährliche Hunde zählen in die Berechnung der Anzahl mit rein.

(4) Hunde, für die eine Steuerbefreiung nach § 8 gewährt wird, sind bei der Berechnung der Anzahl der Hunde nicht anzusetzen. Bei Hunden, für die eine Steuerermäßigung nach § 9 gewährt wird, richtet sich die Reihenfolge der Zuordnung nach dem Zeitpunkt der Entstehung der Steuerpflicht (§ 3 Abs. 1).

(5) Gefährliche Hunde im Sinne dieser Satzung sind Hunde, deren Gefährlichkeit gem. § 3 Abs. 2 des Gesetzes zur Vorsorge gegen die von Hunden ausgehenden Gefahren des Landes Sachsen-Anhalt (HundeG LSA) vermutet wird. Zu den Vermutungshunden gemäß § 3 Abs. 2 HundeG LSA i. V. m. § 2 Hundeverbringungs- und -einfuhrbeschränkungsgesetz zählen insbesondere:

- Pitbull-Terrier
- American Staffordshire-Terrier
- Staffordshire-Bullterrier
- Bullterrier

sowie deren Kreuzungen untereinander oder mit anderen Hunden.

	<p>Ebenso gilt Abs. 2 für Hunde anderer Rassen, für die die Gefährlichkeit im Einzelfall nach § 4 Abs. 4 HundeG LSA von der zuständigen Behörde festgestellt wurde.</p> <p>(6) Für Hunde i. S. des Abs. 4, deren Gefährlichkeit im laufenden Jahr festgestellt wird, gelten die Steuersätze des Abs. 2 anteilig ab dem 1. des Monats, in dem die Feststellung durch die Sicherheitsbehörde erfolgte.</p>
<p>§7 Allgemeine Voraussetzungen für Steuervergünstigungen 1. Die Gewährung von Steuervergünstigungen nach § 8 und § 9 richten sich nach den Verhältnissen zu Beginn des Kalenderjahres. In den Fällen des § 3 Abs. 1 sind die Verhältnisse bei Beginn der Steuerpflicht maßgeblich.</p> <p>2. Steuervergünstigungen werden nur gewährt, wenn die Hunde, für welche die Vergünstigung in Anspruch genommen werden soll,</p> <ul style="list-style-type: none"> • für den Verwendungszweck hinlänglich geeignet sind, • entsprechend den Erfordernissen des Tierschutzes gehalten werden, • die in den Fällen des § 9 Nr. 3 und 4 geforderte Prüfung vor dem im Abs. 1 genannten Zeitpunkt mit Erfolg abgelegt haben • und wenn der Halter des Hundes in den letzten fünf Jahren nicht rechtskräftig wegen Tierquälerei bestraft worden ist. <p>3. Anträge auf Gewährung einer Steuervergünstigung sollen bis zum Ablauf eines Monats nach Bekanntgabe des Steuerbescheides gestellt werden.</p> <p>4. Die Steuervergünstigung kann zurückgenommen werden, wenn der Antragsteller, die Erklärung nach Nr. 2 Punkt 4 falsch</p>	<p>§ 7 Allgemeine Voraussetzungen für Steuervergünstigungen</p> <p>(1) Die Gewährung von Steuervergünstigungen nach § 8 und § 9 richten sich nach den Verhältnissen zu Beginn des Kalenderjahres. In den Fällen des § 3 Abs. 1 sind die Verhältnisse bei Beginn der Steuerpflicht maßgeblich.</p> <p>(2) Steuervergünstigungen werden nur gewährt, wenn die Hunde, für welche die Vergünstigung in Anspruch genommen werden soll,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. für den Verwendungszweck hinlänglich geeignet sind, 2. entsprechend den Erfordernissen des Tierschutzes gehalten werden, 3. die in den Fällen des § 9 Nr. 2 und 3 geforderte Prüfung vor dem im Abs. 1 genannten Zeitpunkt mit Erfolg abgelegt haben 4. und wenn der Halter des Hundes in den letzten fünf Jahren nicht rechtskräftig wegen Tierquälerei bestraft worden ist.

<p>abgegeben hat. Die Steuervergünstigung kann widerrufen werden, wenn nachträgliche Tatsachen eintreten, die eine Versagung nach Nr. 2 Punkt 4 rechtfertigen würden.</p> <p>5. Die Steuervergünstigung entfällt in den Fällen, wenn der Hund als gefährlicher Hund i. S. von § 6 Nr. 3 einzustufen ist.</p>	<p>(3) Anträge auf Gewährung einer Steuervergünstigung sollen bis zum Ablauf eines Monats nach Bekanntgabe des Steuerbescheides gestellt werden. Für die Inanspruchnahme einer Steuervergünstigung ist ein jeweiliger Nachweis vorzulegen.</p> <p>(4) Die Steuervergünstigung kann zurückgenommen werden, wenn der Antragsteller die Erklärung nach Abs. 2 Nr. 4 falsch abgegeben hat. Die Steuervergünstigung kann widerrufen werden, wenn nachträgliche Tatsachen eintreten, die eine Versagung nach Abs. 2 Nr. 4 rechtfertigen würden.</p> <p>(5) Die Steuervergünstigung entfällt in den Fällen, in denen der Hund als gefährlicher Hund i. S. von § 6 Abs. 5 oder 6 einzustufen ist.</p> <p>(6) Melde-, Sanitäts-, Schutz-, oder Jagdgebrauchshunde nach § 9 Nr. 2 und 3, die nicht zu persönlichen Zwecken (als Diensthunde) i. S. d. § 2 Abs. 4 gehalten werden, unterliegen nicht dem Besteuerungstatbestand dieser Satzung.</p>
<p>§8 Steuerbefreiungen Steuerbefreiung wird auf Antrag gewährt für:</p> <p>1. Hunde, die ausschließlich als Therapiehunde dienen und dies durch ein anerkanntes Zertifikat nachweisen können.</p>	<p>§ 8 Steuerbefreiungen</p> <p>Eine Steuerbefreiung wird auf Antrag gewährt für:</p> <p>1. Therapiebegleithunde, die die vorgeschriebene Prüfung vor Leistungsprüfern abgelegt haben und für therapeutische Zwecke genutzt werden.</p>

<p>2. Hunde, die ausschließlich dem Schutz und der Hilfe blinder, tauber oder sonst hilfloser Personen dienen. Sonst hilflose Personen sind solche Personen, die einen Schwerbeschädigtenausweis mit dem Merkzeichen „B“, „BL“, „aG“, „Gl“ oder „H“ besitzen.</p> <p>3. Hunde, die von ihrem Halter aus einem Tierheim erworben wurden, bis zum Ablauf von sechs Monaten nach dem Erwerb.</p>		<p>2. Hunde, die ausschließlich dem Schutz und der Hilfe blinder, tauber oder sonst hilfloser Personen dienen. Sonst hilflose Personen sind solche Personen, die einen Schwerbehindertenausweis mit dem Merkzeichen „B“, „Bl“, „Gl“, „aG“ oder „H“ besitzen.</p> <p>3. Hunde, die von ihrem Halter aus einem Tierheim oder über eine Tierschutzorganisation erworben wurden, bis zum Ablauf von sechs Monaten nach dem Erwerb.</p>
<p>§9 Steuerermäßigung Die Steuer wird auf Antrag auf 50 v. H. ermäßigt für:</p> <p>1. einen Hund, der der Bewachung von bewohnten Gebäuden dient, die von dem nächsten bewohnten Gebäude mehr als 200 m Luftlinie entfernt liegen,</p> <p>2. einen Hund, der der Bewachung von landwirtschaftlichen Anwesen dient, die von den nächsten bewohnten Gebäuden mehr als 400 m Luftlinie entfernt liegen,</p> <p>3. Hunde, die für Melde-, Sanitäts- oder Schutzhunde vorgeschriebene Prüfung vor Leistungsprüfern der zuständigen Fachorganisation mit Erfolg abgelegt haben und für den Zivilschutz, Katastrophenschutz oder Rettungsdienst zur Verfügung stehen; Die Ablegung der Prüfung ist durch Vorlage eines Prüfungszeugnisses nachzuweisen und die Verwendung des Hundes in geeigneter Weise glaubhaft zu machen,</p> <p>4. Jagdgebrauchshunde (Hunde die eine Jagdeignungsprüfung abgelegt haben), von</p>		<p>§ 9 Steuerermäßigungen Die Steuer wird auf Antrag auf 50 v. H. ermäßigt für:</p> <p>1. einen Hund, der der Bewachung von bewohnten Gebäuden dient, die von dem nächsten bewohnten Gebäude mehr als 200 m Luftlinie entfernt liegen,</p> <p>2. Hunde, die die für Melde-, Sanitäts- oder Schutzhunde vorgeschriebene Prüfung vor Leistungsprüfern der zuständigen Fachorganisation mit Erfolg abgelegt haben und für den Zivilschutz, Katastrophenschutz oder Rettungsdienst zur Verfügung stehen; die Ablegung der Prüfung ist durch Vorlage eines Prüfungszeugnisses nachzuweisen und die Verwendung des Hundes in geeigneter Weise glaubhaft zu machen,</p> <p>3. Jagdgebrauchshunde, die eine Jagdeignungsprüfung erfolgreich abgelegt haben und von Jagdausübungsberechtigten und bestätigten</p>

<p>Jagdausübungsberechtigten und bestätigten Jagdaufsehern, sofern diese Inhaber eines Jagdscheines sind und der Hund ausschließlich zum Zwecke der Jagd eingesetzt wird.</p> <p>5. Hunde, die von zugelassenen Unternehmungen des Bewachungsgewerbes oder von berufsmäßigen Einzelwächtern neben persönlichen Zwecken auch zur Ausübung des Wachdienstes dienen.</p>		<p>Jagdaufsehern, die Inhaber eines Jagdscheines sind, ausschließlich zum Zwecke der Jagd eingesetzt werden.</p>
<p>§10 Billigkeitsmaßnahmen</p> <p>In begründeten Einzelfällen, in denen die Einziehung bei Fälligkeit eine erhebliche Härte für den Schuldner bedeuten würde, kann die Steuer ganz oder teilweise gestundet werden, wenn der Anspruch durch die Stundung nicht gefährdet wird. Ist die Einziehung der Steuer nach Lage des Einzelfalls unbillig, kann sie ganz oder zum Teil erlassen werden. Die Entscheidung über die Billigkeitsmaßnahme erfolgt auf Antrag des Steuerpflichtigen.</p>		<p>§ 10 Meldepflicht</p> <p>(1) Der Hundehalter ist verpflichtet, einen Hund innerhalb von 14 Tagen nach Aufnahme oder, wenn ein Hund ihm durch Geburt von einer von ihm gehaltenen Hündin zugewachsen ist, innerhalb von 14 Tagen nach Ablauf des dritten Monats nach der Geburt bei der Stadt schriftlich anzumelden. Der Hundehalter hat die Hunderasse anzugeben und wenn erforderlich nachzuweisen (Stammbaum, tierärztliche Bescheinigung o. ä.).</p>
<p>§ 11 Meldepflicht</p> <p>Der Hundehalter ist verpflichtet, einen Hund innerhalb von 14 Tagen nach Aufnahme, oder wenn ein Hund ihm durch Geburt von einer von ihm gehaltenen Hündin zugewachsen ist, innerhalb von 14 Tagen nach Ablauf des dritten Monats nach der Geburt bei der Stadt schriftlich anzumelden.</p> <p>In den Fällen des § 2 Abs. 4 muss die Anmeldung innerhalb von 14 Tagen nach dem Tage, an dem der Zeitraum von zwei Monaten überschritten worden ist, erfolgen.</p> <p>1. Der Hundehalter hat die Hunderasse anzugeben und wenn erforderlich nachzuweisen (Stammbaum, tierärztliche Bescheinigung o. ä.)</p>		<p>(2) In den Fällen des § 2 Abs. 3 muss die Anmeldung innerhalb von 14 Tagen nach dem Tage, an dem der Zeitraum von zwei Monaten überschritten worden ist, erfolgen.</p> <p>(3) Der Hundehalter ist verpflichtet, einen Hund innerhalb von 14 Tagen nach Beendigung der Hundehaltung bei der Stadt abzumelden. Im Falle einer Veräußerung sind bei der Abmeldung Name und Anschrift des Erwerbers anzugeben.</p> <p>(4) Entfallen die Voraussetzungen für eine Steuerermäßigung oder Steuerbefreiung, ist der Hundehalter verpflichtet, der</p>

<p>2. Der Hundehalter ist verpflichtet, einen Hund innerhalb von 14 Tagen nach Beendigung der Hundehaltung bei der Stadt abzumelden. Im Falle einer Veräußerung sind bei der Abmeldung Name und Wohnung des Erwerbers anzugeben.</p> <p>3. Entfallen die Voraussetzung für eine Steuerermäßigung oder Steuerbefreiung, ist der Hundehalter verpflichtet, der Stadt dies innerhalb von 14 Tagen nach Eintritt des Grundes für den Wegfall der Vergünstigung anzuzeigen.</p>		<p>Stadt dies innerhalb von 14 Tagen nach Eintritt des Grundes für den Wegfall der Vergünstigung anzuzeigen.</p>
<p>§ 12 Hundesteuermarken</p> <p>1. Für jeden angemeldeten Hund, dessen Haltung im Stadtgebiet angezeigt wurde, wird eine Hundesteuermarke, die im Eigentum der Stadt verbleibt, ausgegeben.</p> <p>2. Die Hundesteuermarke bleibt für die Dauer der Haltung des Hundes gültig. Der Hundehalter hat dem/den von ihm gehaltenen Hund/en die gültige Steuermarke sichtbar anzulegen.</p> <p>3. Endet die Hundehaltung, so ist die Steuermarke mit der Anzeige über die Beendigung der Hundehaltung innerhalb von 14 Tagen an die Stadt zurückzugeben.</p> <p>4. Bei Verlust einer Hundesteuermarke wird dem Halter eine Ersatzmarke gegen Ersatz der Kosten ausgehändigt. Dasselbe gilt für den Ersatz einer unbrauchbar gewordenen Hundesteuermarke; die unbrauchbar gewordenen Hundesteuermarke ist zurückzugeben. Wird eine in Verlust geratene Hundesteuermarke wieder aufgefunden, ist die wiederaufgefundene Marke der Stadt gegen Erstattung der für die Ersatzmarke gezahlten Kosten unverzüglich zurückzugeben.</p>		<p>§ 11 Hundesteuermarken</p> <p>(1) Für jeden angemeldeten Hund, dessen Haltung im Stadtgebiet angezeigt wurde, wird eine Hundesteuermarke, die im Eigentum der Stadt verbleibt, ausgegeben.</p> <p>(2) Die Hundesteuermarke bleibt für die Dauer der Haltung des Hundes gültig.</p> <p>(3) Die Hundesteuermarke ist außerhalb der Wohnung oder des umfriedeten Grundstücks dem Hund sichtbar anzulegen oder vom Hundehalter bzw. Hundeführer mit sich zu führen. Auf Verlangen eines Bediensteten der Stadt oder eines Polizeibeamten ist die Hundesteuermarke vorzulegen. Kann die Hundesteuermarke nicht vorgezeigt werden, hat sich der Hundehalter oder Hundeführer mindestens zu den der Meldepflicht nach § 15 Abs. 3 Nr. 1 bis 4 HundeG LSA zu erhebenden Daten zu erklären.</p>

<p>5. Der Hundehalter oder Hundeführer ist verpflichtet, die mitgeführte Hundesteuermarke den Vollstreckungs- und Vollzugsbeamten der Stadt oder den Polizeibeamten auf Verlangen vorzuzeigen.</p>	<p>(4) Endet die Hundehaltung, so ist die Hundesteuermarke mit der Anzeige über die Beendigung der Hundehaltung innerhalb von 14 Tagen an die Stadt zurückzugeben.</p> <p>(5) Bei Verlust einer Hundesteuermarke wird dem Halter eine Ersatzmarke gegen Ersatz der Kosten ausgehändigt. Die Kosten der Ersatzmarke richten sich nach der Verwaltungskostensatzung. Dasselbe gilt für den Ersatz einer unbrauchbar gewordenen Hundesteuermarke; die unbrauchbar gewordene Hundesteuermarke ist zurückzugeben.</p> <p>Wird eine in Verlust geratene Hundesteuermarke wieder aufgefunden, ist die wiederaufgefundene Hundesteuermarke der Stadt gegen Erstattung der für die Ersatzmarke gezahlten Kosten unverzüglich zurückzugeben.</p>
	<p>§ 12 Billigkeitsmaßnahmen</p> <p>Ansprüche aus dem Abgabenschuldverhältnis können ganz oder teilweise gestundet werden, wenn die Einziehung bei Fälligkeit eine erhebliche Härte für den Schuldner bedeuten würde und der Anspruch durch die Stundung nicht gefährdet erscheint. Ist deren Einziehung nach Lage des Einzelfalles unbillig, kann dieser ganz oder zum Teil erlassen werden.</p>
<p>§ 13 Ordnungswidrigkeiten</p> <p>1. Wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen §11 seiner Meldepflicht nicht oder nicht fristgerecht nachkommt, begeht eine Ordnungswidrigkeit nach § 16 Abs. 2 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KAG-LSA). Die Ordnungswidrigkeit kann nach § 16 Abs. 3</p>	<p>§ 13 Ordnungswidrigkeiten</p> <p>(1) Wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen § 10 seiner Meldepflicht nicht oder nicht fristgerecht nachkommt, begeht eine Ordnungswidrigkeit nach § 16 Abs. 2 des Kommunalabgabengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KAG LSA). Die Ordnungswidrigkeit kann nach § 16 Abs. 3</p>

<p>KAG-LSA mit einer Geldbuße bis 10.000,00 EUR geahndet werden.</p> <p>2. Wer vorsätzlich oder fahrlässig</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. gegen § 12 Abs. 4 den Hund außerhalb seiner Wohnung oder seines umfriedeten Grundstücks nicht mit der an den Halter ausgegebenen und gültigen Hundesteuermarke mit sich führt und umherlaufen lassen lässt, 2. entgegen § 12 Abs. 5 den Beauftragten der Stadt Ilsenburg (Harz) die gültige Steuermarke nicht auf Verlangen vorzeigt, 3. entgegen § 12 Abs. 1 und 2 nach Abmeldung eines Hundes die Hundesteuermarken nicht abgibt oder umtauscht, <p>handelt i. S. des § 6 Abs. 7 GO LSA ordnungswidrig. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 2.500,00 EUR geahndet werden, soweit gesetzlich nicht anderes bestimmt ist.</p>		<p>KAG LSA mit einer Geldbuße bis 10.000 EUR geahndet werden.</p> <p>(2) Wer vorsätzlich oder fahrlässig</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. gegen § 11 Abs. 3 den Hund außerhalb seiner Wohnung oder seines umfriedeten Grundstücks nicht mit der an den Halter ausgegebenen und gültigen Hundesteuermarke mit sich führt und umherlaufen lässt, 2. entgegen § 11 Abs. 3 den Beauftragten der Stadt Ilsenburg (Harz) die gültige Steuermarke nicht auf Verlangen vorzeigt, 3. entgegen § 11 Abs. 4 und 5 nach Abmeldung eines Hundes die Hundesteuermarken nicht abgibt oder umtauscht, <p>handelt i. S. des § 8 Abs. 6 KVG LSA ordnungswidrig. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße von bis zu 5.000 EUR geahndet werden.</p>
<p>§14 Inkrafttreten Diese Satzung tritt am 01.01.2014 in Kraft. Gleichzeitig treten alle, bisher auch in den Ortsteilen gültigen, Hundesteuersatzungen außer Kraft.</p>		<p>§ 14 Übergangsvorschrift Die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Satzung bei der Stadt bereits angemeldeten Hunde gelten als angemeldet i. S. d. § 10 Abs. 1.</p>

	<p>§ 15 Sprachliche Gleichstellung</p> <p>Personen- und Funktionsbezeichnungen in dieser Satzung gelten für jedes Geschlecht.</p>
	<p>§ 16 Datenverarbeitung</p> <p>Die zur Ermittlung der steuerpflichtigen Person, zur Festsetzung, Erhebung und Vollstreckung der Hundesteuer nach dieser Satzung erforderlichen personen- und grundstücksbezogenen Daten werden von der Stadt Ilsenburg (Harz) nach dem Datenschutz-Grundverordnungs-Ausfüllungsgesetz Sachsen-Anhalts i. V. m. § 13 KAG-LSA und den dort genannten Bestimmungen der Abgabenordnung erhoben und verarbeitet.</p>
	<p>§ 17 Inkrafttreten</p> <p>Diese Satzung tritt am 01.01.2024 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung der Stadt Ilsenburg (Harz) über die Erhebung der Hundesteuer (Hundesteuersatzung) vom 30.09.2013 außer Kraft.</p>